

## **STELLUNGNAHME DES DEUTSCHEN FRAUENRATS**

### **Zum Beschluss der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK)**

#### **Erklärung „Demokratische Grundwerte und Freiheit schützen: Recht auf Gleichheit und Gleichberechtigung verteidigen!“**

Der Deutsche Frauenrat bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Erklärung der GFMK für Akzeptanz, Chancengleichheit und gerechte Teilhabe aller Menschen vor dem Hintergrund antidemokratischer Entwicklungen hier und in Europa kann der Deutsche Frauenrat (DF) nur unterstützen. Der DF teilt die darin formulierte Sorge, dass in Deutschland, in Europa und in vielen anderen Ländern, demokratische Grundwerte und sicher geglaubte Errungenschaften in Frage gestellt werden. Rechtspopulismus und Antifeminismus bedrohen aus Sicht des DF hart erkämpfte Frauenrechte.

Die Mitgliederversammlung des DF hat 2017 in ihrer Resolution „Aktiv für Demokratie und Frauenrechte!“ die Erwartung an die Politik formuliert, Rechtspopulismus als Gefahr für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erkennen und Maßnahmen zur Gegenwehr zu ergreifen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 forderte der DF alle KandidatInnen der demokratischen Parteien auf, sich für eine konsequente lebenslauforientierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik für Frauen und Männer stark zu machen und im Falle ihrer Wahl umzusetzen. In diesem Sinne begrüßt der DF die vorliegende Erklärung der GFMK.

#### **Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit sind Fragen der Demokratie**

Der DF mit seinen rund 60 Mitgliedsorganisationen steht für die vielfältigen Lebensweisen von Frauen und engagiert sich für Demokratie sowie die Selbstbestimmung von Frauen. Wird die Freiheit von Frauen in Frage gestellt, so wird die freiheitliche Demokratie angegriffen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextremes Denken sind aus Sicht des DF kein Randproblem, sondern eines der Mitte der Gesellschaft. Ausländerfeindliche Positionen und die Angst vor „Gender-Ideologie“ dienen als „Scharniere“ zwischen der gesellschaftlichen Mitte, unterschiedlichen parteipolitischen Spektren und dem rechten Rand. Eine Abgrenzung der GFMK durch ein Bekenntnis zu Vielfalt als Bereicherung des Zusammenlebens kann Symbolkraft entfalten.

Die in der Erklärung beschriebene Diskreditierung der Geschlechterforschung verpackt im Vorwurf des sogenannten „Genderwahns“ kann der DF in aktuellen antifeministischen Diskursen ebenfalls erkennen.

Geschlechtergerechtigkeit stellt auch für den DF eine zentrale Frage von Demokratie dar. Die in der Erklärung formulierte Forderung nach Rahmenbedingungen, die es jedem Mensch und damit jeder Frau ermöglichen, sicher und selbstbestimmt leben zu können, findet beim DF volle Zustimmung und Unterstützung.

#### **Bundesinstitut für Gleichstellung**

Symbolische Erklärungen sind ohne Frage wichtig und unerlässlich. Gute Absichten verhallen jedoch leicht, werden sie nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Der DF kann die Gelegenheit der Stellungnahme nicht verstreichen lassen, ohne die GFMK aufzufordern, angemessene strukturelle Voraussetzungen für eine tatsächlich wirksame Gleichstellungspolitik zu schaffen.

Der Koalitionsvertrag sieht für die 19. Legislaturperiode die Schaffung einer Einrichtung vor, „die sich wissenschaftlich fundiert insbesondere Fragen der gerechten Partizipation von Frauen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmet“ (S. 24). Die Interessenvertretung von Frauen benötigt ein wissenschaftsbasiertes und politikunabhängiges Bundesinstitut für Gleichstellung. Es braucht einen Ort für die Entwicklung gemeinsamer Strategien auf der Grundlage unabhängiger Forschung und Aufbereitung vorhandenen Wissens. Dafür wird sich der DF stark machen und wünscht sich dabei die Unterstützung der GFMK.

**Berlin, 20.9.2018**